

Westpapua im Jahr 2022

Geschichte, Menschenrechte und
aktuelle politische Situation



Westpapua im Jahr 2022

Geschichte, Menschenrechte und aktuelle politische Situation

1. Allgemeiner Überblick

Westpapua ist die östlichste Region Indonesiens, bestehend aus den Provinzen Papua und Papua Barat. 1962 wurde die Region nicht wie von der lokalen Bevölkerung erhofft nach der Phase der niederländischen Kolonialzeit unabhängig, sondern wurde Indonesien angegliedert. Die folgenden Jahrzehnte waren von Widerstand der indigenen Bevölkerung gegen die indonesische Verwaltung und Repression durch indonesische Sicherheitskräfte geprägt. Seit 1970 kommt es zu massiver Transmigration von Indonesiern anderer Landesteile nach Westpapua, die die Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich verändert hat. Indigene Papuas, die sich als Teil des pazifischen Kulturraums der Melanesier sehen, machen heute weniger als die Hälfte der ca. 5.4 Millionen Einwohner Westpapas (Stand Zensus 2020) aus.¹

Trotz der Vielfaltigkeit der Bevölkerung Westpapas mit über 250 indigenen Bevölkerungsgruppen mit eigenen Sprachen und Traditionen eint die Papuas ihre Erfahrungen mit Menschenrechtsverletzungen, Marginalisierung und Rassismus.

Die 1945 in Kraft getretene Verfassung von Indonesien orientiert sich an dem Staatsmotto „Einheit in Vielfalt“ und verankert den Schutz der Menschenrechte in der nationalen Verfassung. Auch in dem Gesetz 21/2001 über die Sonderautonomie Westpapas finden die Menschenrechte bereits an zweiter Stelle Erwähnung und den Papuas werden „Menschenrechte, religiöse Werte, Demokratie, Recht, kulturelle Werte (...) und das Recht (...), die Ergebnisse der Entwicklung gerecht zu genießen“ zugesprochen. Die Umsetzung dieser rechtlich national geförderten Menschenrechte zu national geschützten Menschenrechten in Westpapua scheitert zum Teil jedoch seit vielen Jahren. Anstatt die Hoffnungen der Papuas zu erfüllen, wuchsen in den Jahren seit der Sonderautonomie Rassismus und Ungleichheit in Westpapua, so der regionale Kirchenrat in Papua in einer öffentlichen Erklärung vom Juli 2020.

Westpapua ist innerhalb Indonesiens wie auch weltweit eine der an Bodenschätzen reichsten Regionen. Gold, Kupfer und andere Erze, Gasvorkommen, tropische Hölzer und das Potential für große Agrarflächen machen den Standort für nationale und internationale Bergbau- und Agrarkonzerne besonders reizvoll und erklären das starke wirtschaftliche und damit einhergehende politische Interesse an Westpapua. Die in Westpapua erwirtschafteten Gelder fließen oft ins Ausland oder in andere Regionen in Indonesien. Sicherheitskräfte verdienen noch bis heute an diesem Ressourcenabbau mit und haben daher ein starkes Eigeninteresse, ihre überproportionale Präsenz zu rechtfertigen und zu sichern.

Der Wunsch der Papuas nach Selbstbestimmung und dem Schutz ihrer Menschenrechte in Einklang mit dem Erhalt ihrer Natur und ihren Landrechten steht dem Streben der indonesischen Regierung gegenüber, an Westpapua als Teil des Einheitsstaates Indonesiens festzuhalten und den Fokus in Westpapua weiterhin auf wirtschaftliche Entwicklung zu setzen. Die Papuas kritisieren den ausschließlich wirtschaftspolitischen Ansatz in Westpapua, von dessen Vorteile sie selbst am wenigsten haben. Vielmehr fordern sie einen Fokus auf den Schutz ihrer bürgerlichen und politischen Rechte, wie das Recht auf Gesundheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungs- und Versammlungsfreiheit und sprechen sich in Demonstrationen regelmäßig für das Recht auf Selbstbestimmung aus.

¹ Eine Volkszählung im Jahr 1971 zählte 923.000 Einwohner. 96% davon waren indigene Papuas und nur knapp 4% nicht-papuanischer Abstammung. Im Jahr 2010 war die Bevölkerung auf 3.612.854 Personen angewachsen, bestehend aus 47,9% indigenen Papuas und 52,1% nicht-papuanischer Abstammung, vgl. Jim Elmslie (2017): The Great Divide: West Papuan Demographics Revisited; Settlers Dominate Coastal Regions but the Highlands Still Overwhelmingly Papuan, <https://apjif.org/2017/02/Elmslie.html>.

Diese gegensätzlichen Bestrebungen prallen seit 60 Jahren in Form eines bewaffneten Konflikts in Westpapua zusammen, auf deren gegenüberliegenden Seiten die indonesische Regierung und die Freiheits- und Unabhängigkeitskämpfer in Westpapua (TPNPB-OPM²) stehen. Dieser bewaffnete Konflikt führt seit Jahren zu einer Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen (mit Opfern auf beiden Seiten), der anhaltenden Stationierung von Militär in Westpapua und derzeit geschätzt über 60.000 Binnenflüchtlingen, die im eigenen Land auf der Flucht vor dem bewaffneten Konflikt sind.

Der Zugang nach Westpapua ist seit Jahren für Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen eingeschränkt und eine unabhängige Dokumentation der Situation vor Ort durch Vertreter der UN derzeit nicht möglich. So steht z.B. seit längerer Zeit ein verbindlicher Termin für einen Besuch des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Westpapua aus.

Ein friedlicher Konfliktlösungsprozess wird seit Jahren von unterschiedlichen Akteuren gefordert. Die Papuas wünschen sich einen Ansatz, der sich nicht nur ausschließlich auf wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur konzentriert. Vielmehr sollten alle Konfliktdimensionen (Wirtschaft, Politik, Marginalisierung und Rassismus) betrachtet werden und ein Friedensdialog eingeleitet werden, der durch eine neutrale dritte Partei gesteuert wird.

2. Politische Geschichte

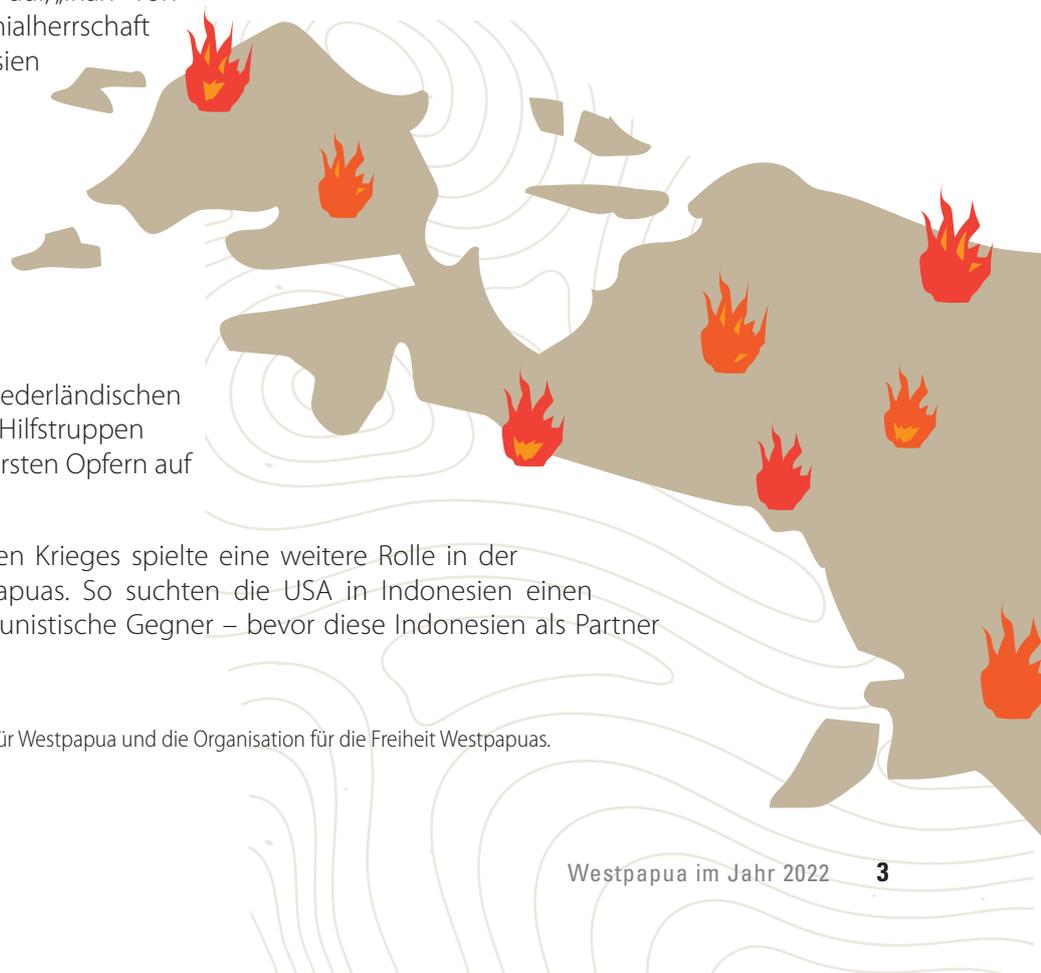
Die Gründung eines unabhängigen Staates war das Ziel der Papuas nach dem Ende der Kolonialzeit der Niederländer. Dazu haben die Niederländer Ende der 50er Jahre eine politische Entwicklung angestoßen, die West-Neuguinea bis 1970 in die Unabhängigkeit führen sollte. 1961 wurde der Neuguinearat als Übergangsparlament der Papuas gewählt und von den Niederlanden eingesetzt.

Die Erklärung der anstehenden Unabhängigkeit Westpapas am 1. Dezember 1961 stand jedoch im Gegensatz zu den Plänen des damaligen indonesischen Staatspräsidenten Sukarno. Dieser erhob Anspruch auf „Irian“, wie er Westpapua nannte und rief in seiner berühmten Trikora-Rede am 19. Dezember 1961 das indonesische Volk dazu auf, „Irian“ von der niederländischen Kolonialherrschaft zu befreien und an Indonesien anzugliedern.

Als Folge griff die indonesische Armee mit einer Flotte (Marine) und Luftlandtruppen (Fallschirmtruppen) Westpapua in den ersten Monaten 1962 an. Alle Angriffe wurden von den Niederländischen Truppen mit papuanischen Hilfstruppen abgewehrt und es kam zu ersten Opfern auf beiden Seiten.

Die damalige Zeit des Kalten Krieges spielte eine weitere Rolle in der politischen Zukunft Westpapas. So suchten die USA in Indonesien einen Verbündeten gegen kommunistische Gegner – bevor diese Indonesien als Partner

2 die Nationale Befreiungsarmee für Westpapua und die Organisation für die Freiheit Westpapas.



heranziehen konnten – und unterstützen die Interessen Indonesiens, Westpapua zum eigenen Staatsgebiet zählen zu können. Unter Druck des damaligen US-Präsidenten Kennedy und unter Mithilfe der UN wurde im August 1962 das New Yorker Abkommen zwischen den Niederlanden und Indonesien unterzeichnet. Nach einer Übergangsverwaltung durch die UN sollte Westpapua an Indonesien übertragen werden. Laut diesem Vertrag wurde den Papuas das Recht zugestanden, innerhalb von sieben Jahren in einem Referendum – das unter Aufsicht der UN stattfinden sollte – frei darüber zu entscheiden, ob sie Teil von Indonesien bleiben wollten oder ein unabhängiger Staat werden wollten. Nach der Übergangsverwaltung durch die UN (UNTEA vom 1.10.1962 bis 30.4.1963) zog sich die UN aus Westpapua zurück und übergab die Verwaltung an Indonesien. Sukarno und sein Nachfolger Suharto etablierten ihre Militärdiktatur und stationierten weiteres Militär in Westpapua. Führende Papuas wurden aus ihren Ämtern entfernt, konnten fliehen oder wurden ermordet.

Unter Aufsicht der UN fand das Referendum im Jahr 1969 tatsächlich statt – wurde jedoch unter Androhung und Zwang manipuliert. 1025 von Indonesien handverlesene Wahlmänner stimmten daher im Ergebnis für den Anschluss an das indonesische Staatsgebiet. Dieser *“Act of Free Choice”* wird seitdem als *„Act of No Choice“* bezeichnet. Trotz der offensichtlichen Mängel wurde es von der UN anerkannt. Bis heute fordern die Papuas eine Wiederholung dieser Abstimmung und viele fordern weiter die Unabhängigkeit Westpapas.

Die 30 Jahre der Diktatur Suhartos waren gekennzeichnet von zahllosen Menschenrechtsverletzungen, denen zehntausende Papuas zum Opfer fielen. Hunderttausende aus anderen Teilen Indonesiens stammende - nicht-indigene Papuas – zogen nach Westpapua und übernahmen wichtige Posten in Wirtschaft und Verwaltung. Die meisten Papuas litten schweigend, aufkommender Widerstand wurde brutal unterdrückt.

Nach dem Rücktritt Suhartos wollten seine Nachfolger im Präsidentenamte das politische Problem durch die Gewährung einer Sonderautonomie (2001) lösen. Viele intellektuelle Papuas arbeiteten an dem entsprechenden Gesetzesentwurf mit und setzten große Hoffnungen darauf, mehr Selbstverwaltung durchsetzen zu können. In den über 20 Jahren seit Beginn der Sonderautonomie wurden viele Aspekte des Gesetzes jedoch nie umgesetzt. Die Aufteilung der Provinz Papua im Jahr 2003 in die zwei Provinzen Papua und Papua Barat geschah ohne vorherige Zustimmung des Volksrates der Provinz und stellte daher bereits zwei Jahre nach Inkrafttreten der Sonderautonomie einen Verstoß gegen diese dar. Das Fehlen einer Wahrheits- und Versöhnungskommission erschwert zusätzlich, vergangenes Unrecht aufzuarbeiten und eine Aufarbeitung anzustoßen. Stattdessen wurde in den Jahren der Sonderautonomie nur noch weiteres Militär in Westpapua stationiert, und der bewaffnete Konflikt in Westpapua zwischen dem Militär auf der einen Seite und Freiheits- und Unabhängigkeitskämpfern auf der anderen Seite führt seit vielen Jahren zu anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Westpapua.



3. Die Situation der Menschenrechte in Westpapua im Jahr 2022

Obwohl indigene Papuas derzeit weniger als die Hälfte der Bevölkerung Westpapas ausmachen und die demographische Entwicklung auf einen anhaltenden Abwärtstrend hindeutet, sind fast alle Opfer von willkürlichen Verhaftungen, Folter und Misshandlungen in Westpapua indigene Papuas. Im Vergleich zu Bürgern anderer Teile Indonesiens werden indigene Papuas mit zweierlei Maß gemessen, wenn es um das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit geht, und sie werden rassistisch diskriminiert, wenn es um die Rechte der Opfer in Polizeigewahrsam oder vor Gericht geht.

Bürgerliche und politische Rechte

VondenneuninternationalenMenschenrechtsübereinkommenundihreninsgesamtvierZusatzprotokollen hat Indonesien zehn ratifiziert. Dazu zählt auch der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte,³ in dem unter anderem das Recht auf Leben, Verbot von Folter, Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit, Religionsfreiheit und Meinungs- und Versammlungsfreiheit festgeschrieben sind und somit international gefördert werden. Internationale Förderung von Menschenrechten bedarf jedoch zur Realisierung auch nationalen tatsächlichen Schutz von Menschenrechten und dieses Verhältnis von Recht und Realität ist immer noch häufig im Alltag der Papuas getrennt.

Seit der *Reformasi* in Indonesien (1998) wurden den Papuas ein Sonderautonomiegesetz und zunehmend Gelder für Infrastruktur, Bildung und Gesundheit zur Verfügung gestellt. Dies hat jedoch bis heute nicht dazu geführt, dass Indikatoren menschlicher Entwicklung für Indigene positive Werte erreicht haben. Der Freedom House Index 2022 klassifiziert Indonesien als „partly free“ und dokumentiert unter anderem Defizite in den Bereichen der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten mit Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Formen von Korruption, Beschränkungen in der Arbeit von NGOs, sowie der Straflosigkeit militärischer Gewalt. Viele dieser Demokratiedefizite zeigen sich in Westpapua.

Die COVID-19-Pandemie hat der Regierung eine Begründung geliefert, um gegen Demonstrationen in Westpapua vorzugehen. Obwohl es strenge Covid-19-Protokolle und Beschränkungen für öffentliche Demonstrationen in den Jahren 2020 und 2021 gab, gab und gibt es immer wieder Berichte über friedliche Demonstrationen und Versammlungen zu politisch sensiblen Themen in Papua, die von Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst wurden.

Auch das Verbot von Folter und das Recht auf persönliche Sicherheit und Freiheit sind in Westpapua für Papuas nicht vollumfänglich garantiert. 2021 wurden mindestens vier Fälle von gewaltsamen Verschwindenlassen gezählt, mindestens 70 Personen wurden Opfer von Folter, über 360 Personen wurden Opfer politischer Verhaftungen und zudem wurden über 200 willkürliche Verhaftungen gezählt.

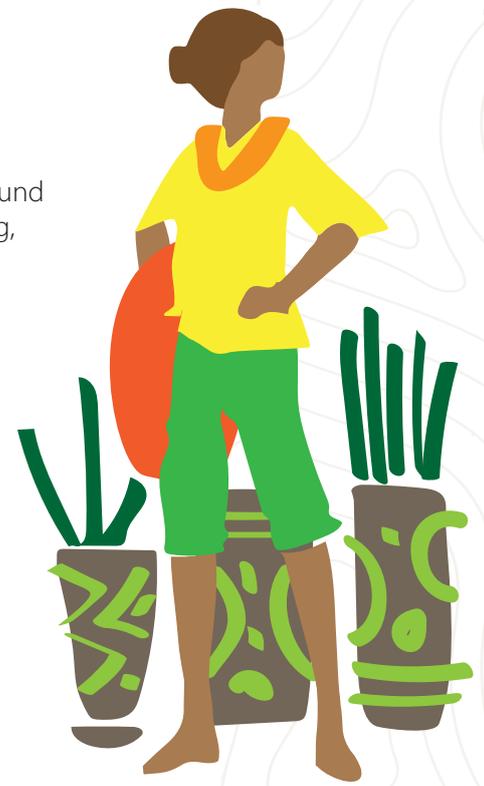
Das Jahr 2021 war das Jahr mit den meisten bewaffneten Konflikten in den letzten fünf Jahren, wenn nicht sogar im letzten Jahrzehnt. Bis zum 15. Dezember 2021 dokumentierte die ICP⁴ 85 bewaffnete Zusammenstöße, bei denen 18 Mitglieder der Sicherheitskräfte und 23 Mitglieder der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPN PB) getötet wurden. Mindestens 28 Zivilisten kamen bei den bewaffneten Zusammenstößen ums Leben, während mehr als 60.000 indigene Papuas intern vertrieben wurden und vor dem bewaffneten Konflikt Schutz in Kirchen, anderen Dörfern/Städten oder auch im Wald suchten.

3 auch Zivilpakt genannt.

4 International Coalition for Papua.

Frauenrechte in Westpapua

Frauen in Westpapua und insbesondere indigene Frauen sind von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen bedroht. Geschlechtsspezifische Diskriminierung, rassistische Vorurteile und Stigmatisierung sind wichtige Faktoren, die die Frauen in Papua für schlechte Gesundheit, Armut und soziale Ausgrenzung anfällig machen. Eine große Anzahl von Frauen in Westpapua ist weiterhin in einem Kreislauf aus häuslicher Gewalt, wirtschaftlicher Marginalisierung und Ausbeutung gefangen. Trotz ihrer wesentlichen Rolle bei der Sicherung des Wohlergehens der Familie und der Bewahrung der indigenen Kultur sind Frauen häufig von Entscheidungen über Land und Ressourcen ausgeschlossen. Ein 2019 von den Nichtregierungsorganisationen AJAR, Yasanto, eL_AdPPER, Katane Support Group und Jayapura Support Group gebildetes Forschungsteam kam zu dem Ergebnis, dass 41 von 42 weiblichen Teilnehmern, die in Westpapua leben, zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrem Leben Gewalt erfahren haben. Die häufigste Form der häuslichen Gewalt ist die körperliche Misshandlung. Die Studie ergab auch, dass die Dienste für weibliche Gewaltopfer im Vergleich zu den HIV/AIDS-Gesundheitsdiensten schlecht entwickelt sind. Frauen aus verschiedenen Gebieten Westpapas berichteten, dass die politische Stigmatisierung als Separatisten oder TPNPB/OPM-Unterstützerinnen sich auf das Leben ihrer Kinder auswirkte. Die Kinder wurden Berichten zufolge beim Zugang zu Bildung und bei der Suche nach einem Arbeitsplatz diskriminiert. Eine solche Diskriminierung erhöht die Wahrscheinlichkeit der Verarmung.



Papua-Frauen, die in konfliktbetroffenen Gebieten leben, sind zudem auch mit staatlicher Gewalt durch Sicherheitskräfte konfrontiert. Frauen, die in zentralen Hochland-Landkreisen wie Nduga, Intan Jaya, Puncak und Teilen des Landkreises Mimika leben, sind Razzien der Sicherheitskräfte ausgesetzt, die häufig als Reaktion auf bewaffnete Zusammenstöße zwischen der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB) und der indonesischen Polizei oder dem Militär stattfinden. Die häufigsten Formen staatlicher Gewalt waren der Verlust und die Zerstörung von Eigentum (36 %), gefolgt vom Verlust indigenen Landes (23 %) und dem gewaltsamen Verschwindenlassen von Angehörigen (19 %).

Rechte Indigener

Der mangelhafte Schutz der Menschenrechte in Westpapua und die Ungleichbehandlung der Papuas zeigen sich auch in der vermehrten Zerstörung des Regenwaldes, die den Papuas ihre ursprüngliche Lebensgrundlage raubt, einen Teil ihrer Geschichte zerstört und die Abhängigkeit von industriell hergestellten Nahrungsmitteln erhöht. Das Interesse an natürlichen Ressourcen wie Erzen, Holz und Land für Plantagen führt in dem Kontext fehlender Rechtsstaatlichkeit und mangelhafter Gesetzgebung zum Schutz der Rechte indigener Völker wiederholt zu Landraub und Konflikten.

„Westpapua ist wie Honig, der Ameisen anlockt“, so bezeichnete ein papuanischer Kirchenvertreter die Situation Westpapas als Ressourcenquelle, an der sich jeder bereichern will – ohne, dass die Papuas die wirtschaftlichen Vorteile ihres Ressourcenreichtums genießen können. Stattdessen verlieren sie durch die anhaltende Abholzung des Regenwaldes zugunsten von Straßenbau und/oder dem Anbau von Monokulturen wie der Ölpalme einen Teil ihrer Geschichte und Lebensgrundlage. Die in Westpapua erwirtschafteten Gelder fließen oft ins Ausland oder in andere Regionen in Indonesien. Häufig bestehen auch symbiotische Beziehungen zwischen dem Militär und Bergbauunternehmen. Soll ein neues Bergwerk errichtet werden, wird das Gebiet häufig zum „Risikogebiet“ erklärt. Das Militär kann so mehr Personal dorthin entsenden, und das Unternehmen kann mit Unterstützung des Militärs seine Aktivitäten durchführen. Die lokale Bevölkerung hingegen leidet doppelt: unter der drohenden Gewalt durch die Sicherheitskräfte und unter dem Landraub zugunsten wirtschaftlicher Interessen anderer.



Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen

Die indonesische Regierung beschränkt weiterhin den Zugang internationaler Organisationen, ausländischer Journalist*innen und Beobachter*innen nach Westpapua. Die Zahl der gemeldeten Fälle von Bedrohung, Einschüchterung und physischer Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen zeigt, dass die Region Westpapua weiterhin ein gefährlicher und schwieriger Ort für die Durchführung von Menschenrechtsarbeit ist.

Mit Beginn der Coronapandemie hat sich die Bedrohung von Menschenrechtsaktivist*innen, die in oder zu Westpapua arbeiten auch in den digitalen Raum verschoben. So gab es mehrfache Störungen digitaler Formate zu Westpapua und auch in den sozialen Medien werden Akteur*innen mehrfach Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen und Falschinformationen.

2021 kam es zu drei Vorfällen gegen prominente Menschenrechtsaktivist*innen, die in oder zu Westpapua arbeiten.

Am 7. November 2021 ereignete sich am Morgen eine Explosion vor dem Haus der Eltern von Veronica Koman in Jakarta. Veronica Koman ist eine Anwältin und Menschenrechtsaktivistin im Exil, die sich für die Rechte der Papuas einsetzt und als deren Rechtsvertreterin in mehreren Fällen auftritt. Dies ist der erste Fall, in dem Bomben gegen Menschen eingesetzt wurden, die sich außerhalb der Region für die Belange Westpapas einsetzen. Komans Fall ist der jüngste in einer Reihe von Vorfällen, die sich gegen Menschenrechtsverteidiger richten. Zu den weiteren Personen, die in letzter Zeit ins Visier genommen wurden, gehören die Aktivisten Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti, die gegen Politiker ermittelt haben, die Bergbauunternehmen in Westpapua unterstützen. Ein weiterer prominenter Fall ist Victor Yeimo, ein Unabhängigkeitsbefürworter und internationaler Sprecher der KNPB⁵, der im Mai 2021 im Zusammenhang mit den Anti-Rassismus-Protesten 2019 von der indonesischen Polizei festgenommen wurde. Am Tag seiner Verhaftung wurde ihm der Zugang zu einem Rechtsbeistand und zu seiner Familie verweigert. Seit seiner Verhaftung leidet er unter schweren gesundheitlichen Problemen. Victor Yeimo wird gemäß Artikel 106 und 110 des indonesischen Strafgesetzbuchs wegen Hochverrats angeklagt.

5 Nationales Komitee Westpapas.



4. Aktuelle politische Situation und Ausblick

Ende 2021 hat die indonesische Regierung sich dazu geäußert, in Zukunft einen wohlfahrtsbasierten Ansatz in Westpapua zu verfolgen, der sich, laut dem Minister für politische, rechtliche und sicherheitspolitische Angelegenheiten, Mahfud MD, auf gemeinsame Anstrengungen der Regierungsbeteiligten konzentrieren werde, um Programme zur Verbesserung des Lebens der Papuas durchzuführen. „Die Regierung wird einen neuen Ansatz einführen, der auf Wohlfahrt basiert“, sagte Mahfud bei einer Pressekonferenz Ende Dezember 2021.

Mahfuds Erklärung kam nicht lange nachdem der kürzlich in sein Amt eingeführte Befehlshaber des indonesischen Militärs (TNI), General Andika Perkasa, den Gesetzgebern bei einer Anhörung zur Bestätigung seines Amtes mitgeteilt hatte, dass er einen „weicheren Ansatz“ bei der Behandlung von Sicherheitsfragen in Papua verfolgen wolle. Infolge dessen wurde auch die Sicherheitsoperation in Papua von Nemangkawi Operation in Cartenz Peace Operation umbenannt und soll laut offiziellen Angaben nun vorrangig für das Gemeinwohl eingesetzt werden.

Stimmen der OPM und der KNPB äußern sich sehr kritisch gegenüber dieses neuen Titels und sehen darin eine Taktik, um die Öffentlichkeit zu täuschen, während weiteres Militär nach Westpapua entsandt wird. Die Stellung des Militärs wird durch Indonesiens hohe Waffenimporte (auch aus EU-Staaten) weiter verstärkt.

Auch der im März 2022 von der indonesischen Menschenrechtskommission Komnas HAM geäußerte Plan, den Friedensdialog zwischen der Regierung in Jakarta und Vertreter der Papuas zu leiten, stößt in Westpapua auf keine Zustimmung und wird mit der mangelnden Unparteilichkeit von Komnas HAM als indonesische Institution begründet.

So fordern die Papuas weiterhin einen durch eine neutrale dritte Partei (wie die UN) geförderten Friedensdialog.

Im September 2020 kündigte Jakarta erstmals einen Plan an, Westpapua in fünf Provinzen aufzuteilen. Anfang April 2022 nahm der Gesetzgebungsausschuss des indonesischen Parlaments den Gesetzesentwurf für die Schaffung drei neuer Provinzen an, die damit die Provinz Papua aufteilen werden: Süd-Papua (Ha Anim): Provinzhauptstadt Merauke; Zentral Papua Tengah (Meepago): Provinzhauptstadt Timika, Landkreis Mimika; Zentrale Hochlandprovinz (Lapago): Provinzhauptstadt Wamena, Landkreis Jayawijaya. Die Mehrheit der Papuas ist dagegen. Sie argumentiert, dass diese Aufteilung das im Sonderautonomiegesetz (UU Nr. 21/2001) beschriebene Verfahren zur Bildung neuer Autonomieregionen ignoriere, welches die Konsultation der Provinzräte von Papua und Papua Barat voraussetzt – dies ist nicht geschehen. Des Weiteren könnte die Zentralregierung die Stationierung von Militär weiter erhöhen, da eine Provinz „Anspruch“ auf Stationierung einer bestimmten Militärpräsenz hat. Auch wäre ein Schub an Korruption zu erwarten, denn einflussreiche Posten erhalten nur diejenigen, die viel Geld zahlen können.

Nach knapp 20 Jahren Sonderautonomie Westpapas und nur wenig dadurch erreichten nachhaltigen Vorteilen für die Papuas wurde am 15. Juli 2021 das überarbeitete Sonderautonomiegesetz verabschiedet. Das neue Sonderautonomie-Gesetz übernimmt den Vorschlag der Regierung zur Rezentralisierung und beschneidet die Autonomie Westpapas auf drei Arten. *Erstens* untergräbt es die Autorität der Provinzgouverneure, indem es die Lokalregierungen (Landkreise) als direkte Empfänger von Sonderautonomie-Geldern anerkennt und die Zentralregierung ermächtigt, neue Provinzen und Distrikte in Westpapua ohne die Zustimmung des MRP (Volksrat der Provinz Papua) oder der Provinzregierungen auszugliedern. *Zweitens* erlaubt es der Zentralregierung, die Zuweisung und Auszahlung von Sonderautonomie-Mitteln zu überwachen und zu kontrollieren, eine Befugnis, die zuvor der Provinzregierung vorbehalten war. *Drittens* wird die institutionelle Vertretung der indigenen Papuas durch lokale politische Parteien abgeschafft und durch eine Quote für sie in der lokalen Legislative sowie einen bevorzugten Zugang zu staatlich finanzierten Programmen ersetzt.

Am 17. Juni 2021 hatten die Volksräte der Provinzen Papua und Papua Barat Klage beim indonesischen Verfassungsgericht mit der Begründung eingereicht, dass die indonesische Regierung mit der Überarbeitung des Sonderautonomiegesetzes unter Ausschluss der Papua Volksräte die rechtlichen Vorgaben verletzt habe. Das Verfahren ist weiterhin anhängig.

Die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Westpapua führen dazu, dass sich neben Staaten und Vertretern aus dem pazifischen Raum (die sich zum Teil auch gezielt für eine Unabhängigkeit Westpapas aussprechen) auch die UN regelmäßig zu der Lage in Westpapua äußert. So hat die UN Anfang 2022 gezielt Informationen zu den aktuellen Menschenrechtsverletzungen in Westpapua an Indonesien angefragt und drei Sonderberichterstatter*innen verwiesen auf schockierende Übergriffe gegen die indigene Bevölkerung Papuas, darunter die Ermordung von Kindern, das Verschwindenlassen von Menschen, Folter und Massenvertreibungen von Menschen.

Die Expert*innen forderten dringenden Zugang für humanitäre Hilfe in die Region und forderten die indonesische Regierung auf, umfassende und unabhängige Untersuchungen der Übergriffe gegen die indigene Bevölkerung durchzuführen.

Die indonesische Regierung reagierte verärgert auf dieses öffentliche Schreiben der UN.⁶

5. Empfehlungen zur aktuellen Menschenrechtssituation in Westpapua

Wir bitten die Abgeordneten des Bundestages sowie die Bundesregierung, sich auch im Dialog mit indonesischen und westpapuanischen Parlamentarier*innen und Regierungsvertreter*innen dafür einzusetzen, dass

- **eine friedliche Lösung des Westpapua-Konfliktes erzielt wird und sich die indonesische Regierung für einen politischen Dialog unter Beteiligung einer neutralen dritten Partei zur nachhaltigen Beilegung des Konflikts öffnet;**
- **die Militärpräsenz in Westpapua abgebaut wird und Indonesien unterbindet, dass Militär- und Polizeiangehörige die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Westpapas unterstützen und davon finanziell profitieren;**
- **eine systematische Aufarbeitung der Geschichte der Gewalt gegenüber den Papuas stattfindet;**
- **ein Besuch durch das Hochkommissariat für Menschenrechte der UN verbindlich per Termin vereinbart wird und Westpapua für ausländische Journalist*innen, Berichterstatter*innen sowie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (ICRC) geöffnet wird;**
- **in den Empfehlungen Deutschlands im Rahmen des UPR Verfahrens zu Indonesien (November 2022) die Situation der Menschenrechte in Westpapua Raum findet und der Schutz der Menschenrechte in Westpapua in diesen Empfehlungen an Indonesien adressiert wird;**
- **ein Stopp deutscher Rüstungsexporte nach Indonesien in Erwägung gezogen wird, solange Indonesien keine Schritte unternimmt, um die Menschenrechtssituation in Westpapua signifikant zu verbessern.**

⁶ <https://mission-indonesia.org/2022/03/01/press-statement-response-to-the-news-release-by-un-special-procedures-mandate-holders-on-1-march-2022/>.



Über das Westpapua-Netzwerk:

Das Westpapua-Netzwerk setzt sich seit den 90er Jahren für eine größere zivilgesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit in Deutschland zu Westpapua ein. Das Westpapua-Netzwerk befasst sich mit der politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Situation in Westpapua und trägt die Stimme der Papuas durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit und durch Advocacyarbeit nach Deutschland. Das Westpapua-Netzwerk nimmt keine eigene Stellung zum politischen Status und zu Fragen der Unabhängigkeit Westpapas ein.

Bei den Mitgliedsorganisationen im Westpapua-Netzwerk handelt es sich um Menschenrechts-, Solidaritäts- und Umweltgruppen, um Partnerschaftskirchenkreise, Gemeinden und andere Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche. Journalisten, Wissenschaftler und andere Interessierte sind als Einzelpersonen im Netzwerk aktiv. Sie alle setzen sich auf unterschiedliche Art und Weise für Frieden und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein.



Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170
Fax +49 202 89004-179

wpn@westpapuanetz.de
www.westpapuanetz.de

grafische Arbeit @akalbudinetwork